

G7-Außenminister verurteilen Gewalt in Myanmar

London. Die G7-Länder verurteilten die Gewalt gegen Demonstranten nach dem Putsch in Myanmar aufs Schärfste. Die Industrienationen fordern dringend die Freilassung des derzeitigen Regierungschefs Aung San Suu Kyi. „Das Militär und die Polizei müssen äußerste Zurückhaltung üben und die Menschenrechte und das Völkerrecht respektieren“, sagten die Außenminister der Gruppe in einer am Dienstag in London veröffentlichten Erklärung. „Der Einsatz von scharfer Munition gegen unbewaffnete Menschen ist inakzeptabel.“ Diejenigen, die Gewalt gegen friedliche Demonstranten anwenden, werden zur Rechenschaft gezogen. Im südostasiatischen Myanmar, ehemals Burma, kehrte die Armee in der Nacht des 1. Februar an die Macht zurück und nahm Aung San …



News

London. Die G7-Länder verurteilten die Gewalt gegen Demonstranten nach dem Putsch in Myanmar aufs Schärfste.

Die Industrienationen fordern dringend die Freilassung des derzeitigen Regierungschefs Aung San Suu Kyi. „Das Militär und die Polizei müssen äußerste Zurückhaltung üben und die Menschenrechte und das Völkerrecht respektieren“, sagten die Außenminister der Gruppe in einer am Dienstag in London veröffentlichten Erklärung.

„Der Einsatz von scharfer Munition gegen unbewaffnete Menschen ist inakzeptabel.“ Diejenigen, die Gewalt gegen friedliche Demonstranten anwenden, werden zur Rechenschaft gezogen.

Im südostasiatischen Myanmar, ehemals Burma, kehrte die Armee in der Nacht des 1. Februar an die Macht zurück und nahm Aung San Suu Kyi und viele Mitglieder ihrer Regierung in Gewahrsam. Seitdem wurden zahlreiche andere Politiker, Aktivisten und Demonstranten festgenommen. Die Rettungsdienste erschossen auch Demonstranten mit scharfer Munition. Die USA und Großbritannien haben Sanktionen gegen Menschen im neuen Führungsapparat verhängt. Die Außenminister der EU-Länder wollten diesen Montag die Situation erörtern.

Die G7-Außenminister betonten, dass sie „in ihrem Streben nach Demokratie und Freiheit“ auf der Seite der Menschen in Myanmar stehen. Das systematische Vorgehen gegen anders denkende Personen, Journalisten und medizinisches Personal muss sofort eingestellt und der Ausnahmezustand aufgehoben werden.

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de